

# Grüner Rundbrief

Mitgliederzeitschrift für Karlsruhe, Juli/August 2010



## Liebe Freundinnen und Freunde,

entgegen aller vorherigen Bedenken wurde uns sogar von der Presse attestiert, dass Grün und Fußball keineswegs in Konkurrenz, ja sogar Grün für den deutschen Fußball wichtig ist – dies und die Tatsache, dass wir in Karlsruhe mit unserem gesamten nominierten Personal für den Landtag selbstbewusst und breit aufgestellt sind und mit Gisela auch eine starke Frau im Spitzenteam auf Landesebene vertreten haben, sind Umstände, die erkennen lassen, dass es ohne Grün in unserer Gesellschaft nicht mehr gehen kann.

Die Landtagswahl wirft nicht nur durch unsere Nominierung bereits ihre Schatten voraus, sondern Tag um Tag beweisen ein konzeptloser, polternder Ministerpräsident Mappus und sein Hilfssheriff Goll, dass die politische Erneuerung längst überfällig ist.

Grün im Land wächst – ein wahrhaft wünschenswertes Wachstum! Es wird eng für Schwarz-Gelb, doch müssen wir unser gutes Umfrageergebnis von mittlerweile fast 18 Prozent im nächsten Jahr auch wirklich, für möglichst viele grüne Inhalte, in

die Tat umsetzen. Die Leute erkennen, wie wichtig ein zukunftsfähiges Bildungssystem und ein glaubwürdiger ökologischer und sozialer Wandel sind. Wir haben die richtigen Themen für einen erfolgreichen Landtagswahlkampf, denn wir gehen gemeinsam mit vollem Einsatz an. Ab dem 02. August können vorzeitig in der Online-Debatte Vorschläge und Verbesserungen zum Wahlprogramm gemacht werden – egal ob von daheim, am Strand oder an einem anderen Ort. Wir sollten diese Chance nutzen um die besten Ideen und Anregungen für unsere Politik zu finden.

Ich kann euch versprechen, dass wir Baden-Württemberg verändern werden und die viel zu fest eingefahrenen Verhältnisse zum Tanzen bringen. Und um es fußballerisch auf den Punkt zu bringen – gegen die schwarz-gelben Rumpelfußballer haben wir die talentierteren Spielerinnen und Spieler, eine gute Taktik und die bessere Unterstützung.

## Inhalt

Termine	2-3
Rücktritt	4
Nominierungsversammlung	5
Nominierung im Bilde	6

### Aus der Gemeinderatsfraktion:

• Anfragen und Anträge	7
• „Leerstände“	8
• Kombilösung	9
• Anne-Sophie-Schule	10-11

### Aus der Landtagsfraktion:

• Kernarbeitsnormen	12
• Schutz von Bienen	13
• Migranten	13
• Spitzenteam	14
• Bildungsziel	14
• Aus dem Wahlkreis	15
• Sonstige Initiativen	16
• Pressemitteilung	16

### Aus der Bundestagsfraktion:

• WAK	17
• Atompläne	18
• Atomausstieg	19
• Gorleben	19-20
• „Wissensbasis“	21
• ITER	22

Kontakte	24
----------	----

2011 wird Grün – lasst uns zusammen dafür arbeiten!

Euer Alex

termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Te

### **24h-Lauf für Kinderrechte**

**Samstag 10.7. 16.00 Uhr bis Sonntag, 11.7. 16.00 Uhr beim SG Siemens, Hertzstr. 23**

Die Karlsruher GRÜNEN und die Grüne Jugend werden wieder zusammen mit uferlos e.V. ein Team bilden – und brauchen noch Unterstützung durch LäuferInnen, BetreuerInnen, SpenderInnen. Infos und Anmeldung bei [www.gruene-karlsruhe.de](http://www.gruene-karlsruhe.de)

### **Landesweite Großdemo**

Gemeinsam stoppen wir Stuttgart 21 –

**Samstag, 10.7. um 14.00 Uhr im Schlossgarten Stuttgart**

Widerstand gegen ein unsinniges Projekt – und Nachbarschaftshilfe für die Stuttgarter GRÜNEN. Alle Informationen unter [www.kopfbahnhof-21.de](http://www.kopfbahnhof-21.de)

### **Alles ÖKO – Logisch ?**

**Montag, den 12.7. um 19:30**

Veranstaltung des Grünen Kreisverbands zu Ökostrom und Stromwechsel im Foyer der Lustgartenhalle in Hohenwettersbach

### **Juli-Mitgliederversammlung**

**Am Mittwoch, 14.7. um 19.30 Uhr im „Badisch Brauhaus“,  
Stephanienstr. 38-40, Haltestelle Europaplatz**

TOP:

Familienvertrag – die Vielfalt der Familienformen anerkennen

Mit Alexander Geiger, Dr. Angela Behring, Sprecherin der BAG Lesbenpolitik, und Dr. Dominique Schirmer

termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Te

### **Programmkonferenz zum Landtagswahlprogramm**

**Samstag, 17.7. 2010 im vdi-Haus, Stuttgart**

Der Weg zum Landtagswahlprogramm: Im Moment schreiben GRÜNE aus Landtagsfraktion, Landesvorstand und Landesarbeitsgemeinschaften an einem ersten Entwurf unseres Wahlprogramms für die Landtagswahl 2011. Dieser Erstentwurf soll am 17.7. vorgestellt und diskutiert werden. Sobald die Ergebnisse der Konferenz eingearbeitet wurden, schließt sich vom 2. bis 31.8. eine Phase der Online-Debatte an, in der sich jedes Mitglied im „Wurzelwerk“ zum Entwurf äußern und Vorschläge einbringen kann. Verabschiedet wird das Programm auf dem Landesparteitag am 4./5.12. in Bruchsal, im Herbst können Kreisverbände, LAGs usw. noch Änderungsanträge stellen, die dann bei der LDK abgestimmt werden.

### **4. Treffen der Projektgruppe Gesundheitspolitik**

**Mittwoch, 21.7. um 20.00 Uhr im Grünen Büro**

Vorbereitung der beiden Veranstaltungen zu Krankenhausfinanzierung und Gesundheit und Gerechtigkeit, Thema Prävention/Gesunde Stadt

### **September-Mitgliederversammlung**

Wegen der Schulferien ausnahmsweise erst am dritten Mittwoch des Monats:

**Mittwoch, 15.9. um 19.30 Uhr**

Voraussichtlich in der Bio-Kantine von Initial e.V., Augartenstr. 1

TOP's:

Prävention – Das Projekt „Gesunde Stadt“

Mit Klaus-Peter Murawski,

Bürgermeister Referat Allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser, Stuttgart und

MdL Bärbl Mielich (angefragt)

---

## **Rücktritt**

Liebe Mitglieder

ich hatte es nach der Nominierungsversammlung schon persönlich angekündigt:

Ich trete mit sofortiger Wirkung von meinem Amt als Kreisvorstand zurück.

Das Ergebnis der Kandidatur zum Landtag kann ich für mich persönlich nur als Desaster bezeichnen.

Ich habe offensichtlich die Stimmung im KV völlig falsch eingeschätzt, als ich mir eine gute Chance eingeräumt hatte, auch nach Gesprächen mit Amtsträgern und einzelnen Mitgliedern.

Ich gönne Alex von ganzem Herzen seinen Erfolg und ich hadere nicht damit, verloren zu haben.

Aber ich hadere damit, nur 4 Stimmen erhalten zu haben - ein Ergebnis, in dem ich keinerlei Wertschätzung für die geleistete Arbeit der vergangenen 3 Jahre erkennen kann. Dies bedeutet für mich, dass offensichtlich viele in diesem Kreisverband ihre Wahl auch an meiner Person festgemacht haben - gänzlich unabhängig von zweitrangigen Tatsachen wie der, dass Alex an diesem Abend zweifelsohne die bessere rhetorische Vorstellung abgeliefert hat.

Aber mit diesem Ergebnis bin ich offensichtlich nicht der richtige Vertreter für Euch.

Ich bleibe Euch verbunden und werde mich weiterhin im Landesvorstand engagieren.

Viele Grüße

Jörg Rupp

## Bericht von der Wahl der GRÜNEN KandidatInnen für die Landtagswahl 2011

**Dr. Gisela Splett für Wahlkreis Ost bestätigt,**

**Alexander Salomon für Wahlkreis West gewählt**

Am 22.6. wurde es nicht nur vor dem Fernseher spannend. Im Cafe „Palaver“ haben für die Wahlkreise Karlsruhe-Ost und -West die Mitglieder des Kreisverbands ihre Landtagskandidatinnen und -kandidaten für die Landtagswahl 2011 nominiert.

Bereits die rege Teilnahme war für uns eine erfreuliche Überraschung: Trotz des entscheidenden Fußballspiels Deutschland gegen Ghana hatten über 80 Mitglieder den Weg ins Cafe „Palaver“ gefunden.

Nachdem die jetzige Mandatsträgerin, Rente Rastätter auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatte, stellten sich in der ersten Runde eine Kandidatin und drei Kandidaten für den Wahlkreis „West“ vor. Der Beifall für alle Reden zeigte, dass sich die Versammlung alle Kandidierenden als zukünftige Landtagsabgeordnete vorstellen konnten.

Die Auszählung der Stimmen brachte dann die faustdicke Überraschung: dem Favorit der Grünen Jugend, Alexander Salomon, den wir im Vorstand als kompetent und immer hilfsbereit, aber ruhig und zurückhaltend kennen, war nicht nur eine überzeugende Rede, sondern auch die absolute Mehrheit, sogar schon im ersten Wahlgang, gelungen.

Die Wahlversammlung war offensichtlich der Meinung, auch die jüngere Generation müsse endlich breiter im Landtag vertreten sein. Sie hatte sich mit der Wahl des 23-jährigen Alexander Salomon für eine Verjüngung der Landtagsfraktion entschieden und wird damit - wieder einmal - Zeichen für die Grünen im Land setzen.

Für den Wahlbezirk „Ost“ trat die derzeitige Mandatsträgerin Dr. Gisela Splett noch einmal an. Sie hatte uns alle schon lange vorher überzeugt durch ihre hervorragende politische Arbeit. Und somit wurde es ein Heimspiel für Gisela, die erwartungsgemäß mit riesiger Mehrheit gewählt wurde.

Mit diesen hervorragend qualifizierten KandidatInnen und ErsatzkandidatInnen Bettina Lisbach und Alexander Geiger, die ebenfalls an diesem Abend gewählt wurden, sehen wir Karlsruher GRÜNE uns bestens aufgestellt für einen erfolgreichen Wahlkampf.

„Ich bin sehr glücklich, über das breite Vertrauen, und werde mich nun mit aller Kraft für ein gutes Grünes Ergebnis in Karlsruhe einsetzen“ sagte Alexander Salomon nach seiner Wahl.

Und Dr. Gisela Splett ergänzt: „Ich hoffe, dass die Wählerinnen und Wähler bei der Wahl im März für neue Mehrheitsverhältnisse im Land sorgen.“

Ein herber Wermutstropfen war an diesem Abend die nach seiner Wahlniederlage von Jörg Rupp geäußerte Absicht, aus dem Kreisvorstand auszutreten. Wir nehmen dies mit größtem Bedauern zur Kenntnis. Mit seiner Sachkenntnis, seinem sicheren politischen Gespür und seiner großen sozialen Kompetenz war er eine tragende Säule des Vorstands.

Zur Vorbereitung des Wahlkampfs müssen wir möglichst bald eine Wahlkampfkommission bilden.

Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen, mitzumachen. Bei Interesse meldet Euch beim Vorstand oder im Büro.

Sabine Just-Höpfinger für den Vorstand



Gisela und Bettina

Strahlende Gewinner



Alex und Alex



gewählt in "Ost und West"

## Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion

Auf unserer Fraktions-Website findet sich eine Übersicht aller Anträge, die von den GRÜNEN an den Gemeinderat gestellt wurden mit der Information, wie sie verabschiedet wurden: <http://www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion/Antraege/grabstim04.htm>

### Neue Anträge und Anfragen für den Gemeinderat

In den letzten Wochen haben wir folgende Anträge und Anfragen gestellt:

Mit einem Antrag vom 8. Juni 2010 möchten wir erreichen, dass Karlsruhe sich der [Deklaration Biologische Vielfalt in Kommunen](#) anschließt.

Das Jahr 2010 ist das internationale Jahr der biologischen Vielfalt: Das in Deutschland wie auch international verfolgte Ziel, den Rückgang an Tier- und Pflanzenarten bis 2010 entscheidend zu verlangsamen, wurde jedoch bisher leider nicht erreicht. Bis heute sind in Deutschland 70 % der Lebensräume bedroht.

Anfang des Jahres haben VertreterInnen von mehr als 30 Kommunen und kommunalen Gremien, des Bundesamts für Naturschutz und der Deutschen Umwelthilfe eine Deklaration formuliert, mit der Kommunen ihren Willen bekunden, sich für die biologische Vielfalt in Deutschland einzusetzen und ein kommunales Bündnis für biologische Vielfalt zu gründen. Ziel des Bündnisses soll unter anderem sein, beim Bund und bei den Ländern die notwendige finanzielle, fachliche und auch rechtlich-programmatische Unterstützung einzufordern. Laut einer Pressemitteilung der Deutschen Umwelthilfe vom 20. Mai 2010 haben bereits 136 Kommunen die Erklärung unterzeichnet, darunter auch Stuttgart, Heidelberg und Freiburg, Bretten und Bruchsal sowie zwanzig weitere Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg.

In Karlsruhe werden bereits viele wichtige Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt umgesetzt. Dennoch ist es sinnvoll, dass auch Karlsruhe die Deklaration unterzeichnet und sich der Förderung der biologischen Vielfalt als wichtiges Ziel verpflichtet. Die Deklaration erhält dadurch eine weitere gewichtige Stimme in der Öffentlichkeit sowie gegenüber Bund und Land. Im Gegenzug kann Karlsruhe profitieren, indem Erfahrungen und Strategien zum Thema biologische Vielfalt mit anderen Gemeinden ausgetauscht und gemeinsame Wege in der Öffentlichkeitsarbeit erarbeitet werden.

Zirkusbetriebe bereichern das Kultur- und Freizeitangebot unserer Stadt. Groß und Klein sind fasziniert von der bunten und spannenden Zauberwelt der Manege. Doch was für Menschen amüsant ist, bedeutet für die Tiere keineswegs immer ein Vergnügen. „Ein Bär auf einem Roller durch die Manege, Elefanten die Kunststücke absolvieren? Solch fragwürdige Attraktionen sollte in einer aufgeklärten Gesellschaft eigentlich keinen mehr begeistern!“ so die tierschutzpolitischen Sprecher der GRÜNEN Gemeinderatsfraktion, Stadtrat Michael Borner und Stadträtin Tanja Kluth.

Daher haben wir den Antrag [Kein Gastrecht für Zirkusunternehmen mit Wildtierarten in Karlsruhe](#) gestellt, um durch eine Änderung der Platzüberlassungsverträge die Zurschaustellung und die Vorführung von bestimmten Wildtierarten gemäß der Ausschlussliste der Tierärztlichen Vereinigung Tierschutz (TVT) auf städtischen Flächen nicht mehr zu gestatten.

Laut unserer [Anfrage vom Frühjahr 2008](#) gab es bei Überprüfungen von Zirkusbetrieben in Karlsruhe immer wieder Beanstandungen bis hin zu einer Strafanzeige wegen Verstößen gegen das Tierschutzgesetz. "Viele Wildtierarten stellen besonders hohe Ansprüche an ihre Unterbringung, Ernährung und Pflege,

die während eines Reisebetriebs nicht gewährleistet werden können“, ergänzen Michael und Tanja.

Damit sich behinderte Menschen im gesamten Stadtgebiet leichter orientieren können, [beantragen wir](#), dass der auf Papier vorliegende und [im Internet](#) zugängliche Stadtplan für Menschen mit Behinderungen, der aktuell auf die Innenstadt von Karlsruhe und die Altstadt von Durlach beschränkt ist, in Zukunft auf die anderen Stadtteile ausgedehnt wird.

Außerdem bitten wir darum, zu prüfen, ob eine Sehbehinderten-gerechte Version des Stadtplanes machbar ist.

In allen Stadtteilen, auch in anderen als den bereits auf dem Stadtplan für Menschen mit Behinderungen dargestellten, wohnen körperbehinderte und ältere Menschen, die sich zurecht finden müssen. Für diese Menschen ist es wichtig zu erfahren, wo Schwerbehindertenparkplätze, barrierefreie Straßenbahnhaltestellen, Taxistände, Toiletten für Menschen mit Behinderungen, Ampeln für sehbehinderte Menschen und Höranlagen zu finden sind.

Ein Leserbrief in den BNN hatte darauf aufmerksam gemacht, dass vor der Hebel-Grundschule die Parkbuchten regelmäßig zugesperrt sind, die morgens dafür freigehalten werden sollen, dass Eltern, die ihre Kinder zu Schule bringen, ordnungsgemäß halten können. Daher fragen wir in einer gemeinderätlichen Anfrage, ob es wirklich an der Unflexibilität der [Einsatzzeiten von Politessen](#) liegt, dass dort vor 8.30 Uhr grundsätzlich nicht kontrolliert werden kann.

"Nicht nur an der Hebelschule sehen wir in dieser Richtung Handlungsbedarf. Auch an anderen Schulen gibt es immer wieder Klagen", so Johannes Honné, unser verkehrspolitischer Sprecher. Wenn die Sicherheit von Kindern gefährdet ist, besteht in jedem Fall drin-

gender Handlungsbedarf. Die umfassende Kontrolle des ruhenden Verkehrs muss gewährleistet sein, insbesondere um Gefahrenquellen zu beseitigen „Das darf nicht an starren Dienstplänen scheitern“, so Johannes.

Ein stadtpolitisches Dauerthema sind [Leerstände von Räumlichkeiten und Immobilien in städtischem Besitz](#). Einerseits beklagen Initiativen und Einzelpersonen, dass sie für ihre Vorhaben keine geeigneten Räume bekommen, andererseits stehen im Stadtbereich durchaus auch einige Immobilien seit längerem leer. Manchmal sprechen lang- oder kurzfristig zu verwirklichende Planungen oder rechtliche Voraussetzungen gegen eine Zwischennutzung, allerdings gibt es auch sehr lang andauernde Leerstände, die sich durchaus für eine sinnvolle Zwischennutzung eignen würden.

Daher fragen wir nach einer detaillierten Übersicht von Räumlichkeiten in städtischem Besitz, die zur Zeit nicht genutzt sind oder in absehbarer Zeit leer stehen werden. Wir möchten wissen, warum diese Räume leer stehen und ob die Stadtverwaltung dafür Zwischennutzungskonzepte erstellt, bzw. eine Kartei potentieller Interessenten aus Kultur oder Sozialbereich unterhält. Abschließend bitten wir um eine Übersicht über die Höhe der durch den Leerstand verursachten zusätzlichen Instandhaltungskosten.

#### **Bericht aus der Sitzung des Gemeinderates am 18. Mai:**

Zum Thema „Erhalt der Grünfläche um die Nikolauskirche in Rüppurr“, das in den Tagen vor dieser Sitzung große öffentliche Aufmerksamkeit bekam, hatten wir zusammen mit CDU, SPD und KAL einen [Eilantrag](#) gestellt. Diese kleine Kirche ist das einzige architektonisch hervorragende Beispiel klassizistischer Bauweise in Rüppurr. „Die geplante angrenzende Bebauung durch ein Gemeindezentrum für die serbisch-orthodoxe Kirche im südlichen Bereich würde ein einmaliges Ensemble zerstören. Der gültige Land-

schaftsplan der Stadt weist die charakteristische Baumreihe entlang der vorhandenen Straßenführung als Grünelement aus, das zu erhalten ist“, so Bettina Lisbach und Anne Segor, unsere Sprecherinnen für Stadtentwicklung. „Die grüne Oase mit Baumreihe und klassizistischer Kirche stellt den Abschluss der dörflichen Bebauung entlang der Alb dar und definiert den Übergang zum westlich angrenzenden Landschaftsschutzgebiet. Und genau diese Situation wollen wir erhalten!“

Das Thema wurde in den Planungsausschuss verwiesen, wo unserem Anliegen im Juni dann stattgegeben wurde.

Ein wichtiger Tagesordnungspunkt in der Mai-Sitzung des Gemeinderates war der Jahresabschluss 2008, dessen Kommentierung durch das Rechnungsprüfungsamt unter TOP 1 zur Verabschiedung anstand.

Unser finanzpolitischer Sprecher Manfred Schubnell kritisierte vor allem, dass der Konzern Stadt sich „reich rechnet“, indem Anteile an der KMK, die Jahr für Jahr über 10 Mio EUR Verlust macht – und die daher am Markt faktisch wertlos ist – in der Höhe der jeweiligen Einlagen (die KMK erhielt in den Jahren 2007 und 2008 eine Kapitalaufstockung von 23,5 Mio) verbucht sind. Außerdem werden Risiken (laut Jahresabschluss, Seite 35 bewertet die Stadt z.B. das Risiko für ihre Bürgschaften an die KMK mit 33,33 % – im Gegensatz zu 10 % bei allen ihren anderen Bürgschaften) nicht wie in der Wirtschaft üblich „unter der Bilanz“ aufgeführt. Der Jahresabschluss wurde schließlich mit einer Enthaltung in der vorgelegten Form verabschiedet.

Im Lauf der Sitzung wurden dann noch eine ganze Reihe GRÜNER Anträge und Anfragen behandelt.

Unsere Bilanz ist hierbei zwiespältig:

[Bauherrenpreis der Stadt Karlsruhe](#): Wir hatten beantragt, einen Preis auszuloben, der für Bauprojekte unterschiedlicher Funktionen (Studentenwohnheime, Kindertagesstätten, Bürogebäude, Wohngebäude, Seniorenwohnanlagen, bei Sanierungen auch für kleinere Objekte) im Wechsel vergeben wird.

Die Antwort der Verwaltung war sehr positiv und auch die meisten anderen Fraktionen schlossen sich unserem Vorschlag an. Lediglich die CDU sieht die „Freiheit des Bauens“ in Gefahr und besteht auf dem Recht der Bauherren, Fehler zu machen. Was durch unseren Antrag ja auch nicht eingeschränkt würde, im Gegenteil: Diese Fehler erhielten durch eine gesteigerte öffentliche Diskussion zum Thema Baukultur sogar zukünftig mehr Aufmerksamkeit ;-)

Für uns alle erstaunlich wurde auf den Vorschlag, im Rahmen der Erstwohnsitzkampagne für Studierende eine [kostenlose Probemitgliedschaft in Karlsruher Sportvereinen](#) einzuführen, sehr polemisch reagiert: Nach Auffassung der Redner der anderen Fraktionen sind die StudentInnen, die dies wünschen, bereits in den ihnen bekannten Vereinen aktiv – oder seien nur durch zusätzliche „atmosphärische Maßnahmen“ überhaupt zu erreichen.

Da konnten wir auf eine Abstimmung verzichten, die Ablehnung war einhellig. Schade.

Zustimmend waren die Plenumsreaktionen dann wieder auf unseren Antrag, [das städtische Straßenverzeichnis auf solche Personen zu überprüfen](#), deren Äußerungen und Handlungen im Widerspruch zu demokratischen Wertvorstellungen stehen.

Hier stimmten die anderen zu, dass es nicht angehen kann, dass noch im Jahr 2010 in Karlsruhe Straßen unkommentiert nach Heinrich von Treitschke („Die Juden sind unser Unglück.“) und Franz Adolf Eduard Lüderitz („Vater der ersten deutschen Kolonien in Afrika“) benannt

sind. Das Liegenschaftsamt wird zusammen mit dem Kulturamt alle bestehenden Straßennamen überprüfen und ihre Ergebnisse im Bauausschuss vorstellen.

Mit dem Antrag, [im Grötzinger Wohngebiet Speitel die bestehende Beschränkung der Energieversorgung auf Nachtspeicherheizungen aufzuheben](#), haben wir eine Diskussion aufgegriffen, die vor Ort bereits heftig geführt wird. Im gültigen Bebauungsplan von 1974 ist der Einsatz flüssiger und fester Energieträger untersagt. Da in diesem Gebiet keine Gasleitung liegt, führte dies zu einem „Quasi-Zwang“ zum Einbau von Nachstromspeicheröfen. BewohnerInnen dieses Gebietes können also, selbst wenn sie wollten, nicht auf z.B. Holzpelletheizungen umsteigen.

Die Stadtwerke arbeiten derzeit an einem Konzept, um in diesem Wohngebiet alternative und nachhaltige Heizanlagen zu betreiben; der Bebauungsplan sollte erst geändert werden, wenn eine Entscheidung darüber getroffen wurde.

Die meisten Fraktionen stimmten mit uns darin überein, dass dieses Konzept nicht erst „zu gegebener Zeit“, sondern schnellstmöglich vorgelegt werden soll. Baubürgermeister Obert sagte daraufhin eine Behandlung in einer der nächsten Sitzungen des Planungsausschusses zu.

Dann gab es noch zweimal heftigen Gegenwind für uns:

Nachdem die konkreten Planungen für ein großes Nahversorgungszentrum an der Josef-Schofer-Straße öffentlich bekannt wurden, haben uns viele Bürger aus der Nordweststadt über ihre starken Bedenken informiert: Sie befürchteten, dass die wünschenswerte Entwicklung am Heinrich-Köhler-Platz dadurch nicht in Gang kommt und dass weitere kleine Geschäfte im Stadtteil der Konkurrenz nicht standhalten und aufgegeben werden. Außerdem entstehen dort zwei Lebensmittelgeschäfte in unmittelbarer Konkurrenz

zueinander und ein ebenerdiger Bolzplatz muss aufgegeben werden. Wir hatten beantragt, dass ein systematisches [Konzept für die Nahversorgung in der Nordweststadt](#) erstellt werden solle, wie dies im Frühjahr 2008 im Bericht „Einkaufen und Nahversorgung in Karlsruhe“ empfohlen wurde.

Alle anderen etablierten Fraktionen griffen uns dafür heftig an und erklärten, die aus unserer Sicht noch offenen Punkte samt und sonders für bereits erledigt. Der Antrag wurde also mehrheitlich abgelehnt; Einsprüche der Anwohner müssen nun in das weitere Planungsverfahren eingebracht werden.

Ein weiteres Lehrstück zum Thema „Verständnis von Freiheit und Bevormundung“ gab es abschließend bei der Diskussion unseres Vorschlages, als Beitrag zum städtischen Klimaschutzkonzept, wöchentlich einen [Veggie-Tag in den städtischen Küchen und Kantinen](#) durchzuführen. Es steht offensichtlich unmittelbar die Freiheit des christlich-liberalen Menschen auf dem Spiel, wenn er nicht täglich und überall Zugang zu seiner Fleischportion hat.

Es gab bei keiner/m einzigen RednerIn einen Hauch von Bewusstsein darüber, dass die massenhafte Erzeugung von Nahrung aus tierischen Quellen nicht nur unendliches Leid in der Massentierhaltung sondern auch einen enormen Ressourcen- und Energieverbrauch bedeutet und gleichzeitig in großem Umfang zur Emission klimaschädlicher Gase führt. Das exklusive „Recht“ des Mitteleuropäers auf sein Schnitzel führt recht unmittelbar zu Armut, Hunger und klimatischen Auswirkungen in den meisten Ländern der Erde.

Dabei hat doch eigentlich das Recht des Stärkeren als Maßstab gesellschaftlich verantwortlichen Handelns seit langem ausgedient...

Auf der Plattform von [KA-News](#) wurde über dieses Thema mit knapp 130 Beiträgen lebhaft weiter

diskutiert; hier war die Ablehnung bei weitem nicht so einhellig. (Tipp: Die Suche nach älteren Beiträgen, die auf KA-News selbst nicht mehr zugänglich sind, kann über eine Suchmaschine durchgeführt werden; z.B. [veggi tag site:www.ka-news.de](http://veggi.tag.site/www.ka-news.de))

### **Kosten der Kombi-Lösung – ein Thema ohne Ende.**

Auf unsere [Anfrage](#) bestätigte die Stadt Karlsruhe, dass derzeit für die Kombi-Lösung mit Gesamtkosten von 615 Mio EUR, statt den in der Kostenschätzung vom Dezember 2008 angegebenen 588 Mio EUR gerechnet wird.

Diese Kostensteigerung rührt daher, dass die Vergabe der Rohbauarbeiten um knapp 30 Mio. EUR teurer erfolgte als dafür geplant wurden. Das bedeutet, dass bei den Rohbauarbeiten bereits in den 14 Monaten zwischen der letzten Schätzung und der Auftragsvergabe eine Preissteigerung von 10,8 % eingetreten ist.

Bei den Folgekosten für den Betrieb des Tunnels ab 2016 bleibt die Stadt ohne detaillierte Nachweise dabei, dass die bisher von ihr angenommenen 10,1 Mio EUR pro Jahr (= mehrere Europabäder!) ausreichend seien und die im Gutachten von Dr. Vieregge ermittelten 15 Mio EUR auf einer ungenauen Datenbasis basierten.

Alle unsere Anträge, Anfragen und Pressemitteilungen – auch die im Text nicht explizit erwähnten – (plus Stellungnahmen der Stadtverwaltung, sobald sie vorliegen) sind im Wortlaut unter <http://www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Grueene-Fraktion> zu finden bzw. können im Fraktionsbüro angefragt werden.

## „Kein Kind darf übersehen werden!“

Anne-Sophie, Tochter von Bettina Würth, wurde mit 9 Jahren in der Schweiz von einem Lastwagenfahrer beim Abbiegen übersehen und überfahren.

Ihre Mutter, Beiratsvorsitzende der weltweit agierenden Würth-Gruppe, eröffnete im Jahr 2006 in Erinnerung an Anne-Sophie eine Schule am Stammsitz der Firma in Künzelsau, in der jedes Kind gesehen, beachtet und nach seinen Möglichkeiten und Begabungen gefördert wird.

### Ein Besuch an der Freien Schule Anne-Sophie in Künzelsau.

Zur Vorgeschichte:

Vor ein paar Wochen hatten wir, die Schulsprecherinnen der Gemeinderatsfraktion, Peter Fratton, Gründer des Hauses des Lernen in Romanshorn / Schweiz in den Ziegleraal eingeladen.

Nach einer längeren „Leidenszeit“ als Lehrer an staatlichen Schulen entwickelten Peter Fratton und die Psychoanalytikerin Ruth Cohn einen gar nicht so neuen, aber in seiner konsequenten Umsetzung mutigen pädagogischen Ansatz.



Aus dem Lernort wird ein Lebensort. Bild: Freie Schule Anne-Sophie

Auf der Grundlage der Pädagogik von Maria Montessori entstand das Konzept des Autonomen Lernens: jedes Kind bestimmt im Rahmen des jeweiligen Bildungsplans sein Lernthema, sein Lerntempo, wählt seine eigenen Materialien und seine Vorgehensweise.

Um die selbst gesteckten Ziele zu erreichen gib es ein ganzes Netz von Selbstverpflichtungen, Absprachen und Verträgen zwischen LernpartnerInnen (SchülerInnen) und LernbegleiterInnen (LehrerInnen)

Voraussetzung im Haus des Lernens: eine ästhetisch gestaltete Umgebung, gestaltetes, anregendes Material und „Lernbegleiter“ die die Kinder bei Bedarf beraten und ihnen auf dem selbst gewählten Weg weiterhelfen.

Da dieses Konzept, das hier nur sehr verkürzt dargestellt ist, sehr genau den GRÜNEN inhaltlichen Vorstellungen für eine Modellschule in Karlsruhe entspricht, wollten wir sehen, wie Theorie in Praxis umgesetzt wird: Können junge Menschen mit der ihnen zugestandenen Freiheit umgehen? Wie funktioniert autonomes Lernen im Detail?

Dies und mehr zu erfahren, verbrachten die Schulsprecherinnen, Anne Segor und Dorothea Polle-Holl, begleitet von unserer Geschäftsführerin Karin Wolff auf Einladung von Peter Fratton einen Vormittag an der Freien Schule Anne-Sophie in Künzelsau.

Der erste Eindruck: Ein hoher Zaun; an der Pforte muss man sich anmelden. Dann ist man auf der „Insel der Seligen“. Begründet wurde uns diese Maßnahme mit der hochwertigen Ausstattung an Computerarbeitsplätzen und auch den vielen Kunstgegenständen in dieser Schule.

Die Architektur der Schulgebäude ist klar und einfach gegliedert, überall in Fluren, Eingangsbereichen und Besprechungsräumen hängt hochkarätige Kunst aus den Beständen der Sammlung Würth.

Und es herrscht eine ganz untypische Ruhe!

Dabei – so wurde uns versichert – sind alle 450 Schüler im Haus. Lernen im 45 Minuten-Takt ist hier abgeschafft. Zweimal am Vormittag haben Schülerinnen und Schüler die Verpflichtung zu einer 30 Minuten dauernden Inputphase. Hier werden sie um ein Art Tresen versammelt, an dem der Lernbegleiter oder die Lernbegleiterin verschiedene Themen und strukturierte Materialien vorstellt. Aber auch anregende, unstrukturierte Materialien werden präsentiert, die zur freien, kreativen Auseinandersetzung mit ähnlichen Sachthemen herausfordern.

Danach geht es ins Lernetelier. Hier arbeitet jede/r an dem selbst gewählten Projekt. Lernbegleiter sind immer anwesend und kommen auf Handzeichen, um Fragen zu beantworten und bei Unklarheiten weiterzuhelfen.

Wenn Kinder feststellen, dass sie ein Problem in der Gruppe lösen möchten, steht ein Nebenraum zur Verfügung. Im Lernetelier selbst herrscht konzentrierte Stille. Pausen sind im Stundenplan festgelegt. Zusätzlich gibt es kurze Regenerationsphasen und Bewegungsangebote.

Alle Kinder in der Primarstufe erstellen einen Wochenarbeitsplan, in dem die Inhalte und angestrebten Ziele festgehalten werden. Parallel dazu wird im Arbeitstagebuch geprüft, was erreicht worden ist und wo Probleme und Lernhindernisse aufgetreten sind.

Ähnlich, aber mit mehr Wahlmöglichkeiten, ist der Unterricht der Sekundarstufe gestaltet: Morgens bearbeitet die Jugendlichen die selbst gewählten Ziele in den Kernbereichen. Am Nachmittag wählen aus einem Clubangebot, die ihre Kernfächer ergänzenden Inhalte aus.

Groß geschrieben wird an dieser Schule die Auseinandersetzung mit musikischem Arbeiten, mit Theater, das ermöglicht, sich selbst in anderen Rollen zu erfahren und Einfühlungsvermögen und Empathie zu entwickeln.

Ein zentrales Anliegen ist vor allem die intensive Auseinandersetzung mit bildender Kunst.

Hier macht sich die Überzeugung des Firmengründers Reinhold Würth bemerkbar, der als Kunstsammler, Mäzen und Museumsgründer bildender Kunst einen hohen Stellenwert zugesteht. Gerade läuft in der Kunsthalle Schwäbisch-Hall eine Tomy-Ungerer-Ausstellung. Der Künstler kam in die Schule. Erklärte, zeichnet, arbeitet mit den Kindern – und ermöglichte sichtlich tiefe Einblicke in seine

Denkweise und künstlerische Produktion.

Zum Schluss muss noch das Organisatorische erwähnt werden: Die Freie Schule Anne-Sophie ist eine Ganztagschule von 8 bis 15 Uhr, mit einem gemeinsamen Mittagessen in der Schulmensa.

Alle Lernbegleiter sind in dieser Zeit anwesend.

Ab dem nächsten Jahr wird die gymnasiale Oberstufe eingerichtet. Dann wird die Zahl der Schülerinnen und Schüler bis auf 750 steigen.

Die Schule wird nach dreijähriger Bewährungsphase vom Land auf Grund des Privatschulgesetzes gefördert. Eltern ein einheitliches Schulgeld. Es gibt aber auch viele Stipendien. Für Kinder aus sozial benachteiligten Familien und für Kinder mit Migrationshintergrund wird ein bestimmter Prozentsatz an freien Plätzen vorgehalten.

Egal was kommt: Kein Kind wird jemals der Schule verwiesen. Eine

System von Maßnahmen bis hin zu kurzzeitiger Verschiebung in ein indianisches Dorf in Südamerika, in dem ebenfalls ein Haus des Lernens existiert, hat immer Erfolg gebracht.

Die Schulgebäude haben insgesamt ca. 50 Millionen Euro gekostet, getragen von der Stiftung Würth.

Vor einiger Zeit schrieb mir der frühere im Kultusminister Rau im Zusammenhang mit dem abgelehnten GRÜNEN Modellschulantrag für die Stadt Karlsruhe, er kenne in Deutschland und im benachbarten Ausland keine Schule, in der Kinder von Klasse 1 bis 10 gemeinsam lernen und dabei individuell gefördert werden.

Da konnte ich gleich Abhilfe schaffen und ihm die Freie Schule Anne-Sophie in Künzelsau nennen.

Anne Segor

## AUS DER LANDTAGSFRAKTION

**Renate Rastätter**

Auf den Eiswiesen 9, 76185 KA, Tel. 4 70 93 43  
 Renate.rastaetter@gruene.landtag-bw.de  
 Mitarbeiterin: Melanie Köhler, 0711/2063-680, Mo-Mi 9-17 h

**Dr. Gisela Splett**

Breslauer Str. 43D, 76139 KA, Tel. 9 68 71 86  
 Gisela.Splett@gruene.landtag-bw.de  
 Mitarbeiter: Alexander Geiger, 0711/2063-966, Mo-Mi 9-16 h

## Aus der Landtagsfraktion

## Kernarbeitsnormen bei öffentlichen Beschaffungen beachten



Abbildung Fairtrade Siegel

Baden-Württemberg hat 2008 den Beschluss gefasst, bei Beschaffungen Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu vermeiden. Damit ist ein erster Schritt zur Berücksich-

tigung von Sozialstandards im Beschaffungswesen gemacht. Nun müssen aber weitere Schritte folgen, damit auch andere ILO-Kernarbeitsnormen wie z.B. das Verbot von Zwangsarbeit, Berücksichtigung finden und die Kontrollmöglichkeiten verbessert werden. Dabei lohnt sich ein Blick in andere Bundesländer, beispielsweise nach Bremen, das als erstes Bundesland die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen im öffentlichen Beschaffungswesen verankert hat. Auch was die Umweltfreundlichkeit der Beschaffung angeht, hat Baden-Württemberg bzw. Deutschland noch Nachholbedarf. Bereits 2003 hatte die EU-Kommission die Mitgliedsstaaten aufgefordert, Aktionspläne zur umweltfreundlichen Beschaffung zu erarbeiten. Im Juli 2008 folgte der Vorschlag, eine Zielvorgabe von 50 % umweltorientierter Beschaf-

fung bis 2010 in der EU anzuvisieren. Deutschland ist diesen Aufforderungen bislang nicht mit eigenen Vorschlägen nachgekommen und hinkt damit beispielsweise den Niederlanden weit hinterher, die sich für 2010 das Ziel gesetzt, komplett gemäß ökologischer (und sozialer) (Mindest-)kriterien zu beschaffen.

Gisela hat deshalb für die Fraktion einen Antrag zu „Sozial- und Umweltstandards in der öffentlichen Beschaffung Baden-Württembergs“ eingebracht.

Antrag: [www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14\\_6402.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_6402.html)

## Landwirtschaftspolitik muss den Schutz von Bienen endlich ernst nehmen



Abbildung Bienenkasten

Bereits April 2008 kam es entlang der Rheinschiene zu einem Massensterben von Honigbienen. Verantwortlich war damals Maisbeizmittel mit dem Wirkstoff Clothianidin. Im Mai 2010 gab es wieder Meldungen über Bienenvergiftungen, diesmal auch aus dem Stadtkreis Karlsruhe. Umfang und Ursache waren zunächst unklar.

Klar ist aber, dass immer noch Pestizide eingesetzt werden, die

für Bienen höchst problematisch sind.

In einem Antrag fragen Gisela und Renate Informationen zu „Bienenvergiftungen“ im Frühjahr 2010 ab.

Antrag: [www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14\\_6437.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_6437.html)

Pressemitteilung: [www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM-Bienen\\_22.05.pdf](http://www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM-Bienen_22.05.pdf)

## Mehr Migranten in die Lehrerzimmer!

Kaum etwas motiviert einen Schüler so gut wie ein gutes Vorbild – Das gilt in besonderer Weise für Kinder mit Migrationshintergrund. Schon lange hat Renate sich dafür eingesetzt, dass alle Möglichkeiten genutzt werden sollen, mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund für das Lehramt zu gewinnen. Denn zu den dringend nötigen verbesserten Bildungschancen für Migranten gehört auch, im Lehrerkollegium die kulturelle Vielfalt unseres Landes adäquat abzubilden.

Im nationalen Integrationsplan haben sich alle Bundesländer zu einer „erhöhten Einstellung von Lehrkräften mit Migrationshintergrund“ verpflichtet. Diese Verpflichtung muss auch in Baden-Württemberg endlich umgesetzt werden. Der Handlungsbedarf ist unbestritten groß: 33% der unter 18-Jährigen haben einen Migrationshintergrund, aber jeweils nur weniger als 1% der Lehrkräfte an den verschiedenen Schularten. Dieses krasse Missverhältnis ist ein Armutszeugnis für unser Land und spiegelt nicht die gesellschaftliche Realität bzw. demographische Entwicklung wider. Die Schule muss sich diesen Veränderungen stellen. Deshalb hat Renate hier einen neuen Antrag gestellt.

Für die Fraktion GRÜNE hat die Gewinnung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund für ein Lehramtsstudium einen hohen Stellenwert, denn sie erfüllen eine Vorbildfunktion und können aufgrund ihrer eigenen Bildungsbiographie die spezifischen Probleme von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund besser erkennen und pädagogisch darauf reagieren. Durch die Einführung einer repräsentativen Kennzahl an allen staatlichen Stellen, vor allem in Großstädten, kann die Möglichkeit eröffnet werden, dass neben den Noten eines Bewerbers oder einer Bewerberin besondere Sprachkenntnisse oder besondere Erfahrungen mit der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund als Zusatzqualifikation angesehen werden kann. So würde für Migranten ein besonderer Anreiz für die Ergreifung des Lehrberufs geboten.

Doch diese zusätzlichen Qualifikationen anzuerkennen und Anreize zu schaffen, dass sie unseren Schulen und Schülern zugutekommen – das ist bei der Landesregierung: Fehlanzeige. So wird wertvolles Potential verschwendet. Wenn das Land sich weigert, zusätzliche Qualifikationen wie

eine weitere Fremdsprache und interkulturelle Kompetenz als Zusatzqualifikation anzuerkennen, wird die Schieflage in den Lehrerzimmern bestehen bleiben. So wird eine Chance vertan, wie Baden-Württemberg als kulturell vielfältiges Bundesland diese Vielfalt als Bereicherung, auch im Schulalltag, leben kann.

Zum Thema Fachkräftemangel räumt die Landesregierung in dem Antrag ein, dass: ...“Schätzungen zufolge hunderttausende qualifizierte und hochqualifizierte Zuwanderer in Baden-Württemberg [leben], die mangels entsprechender Anerkennung ihrer Qualifikationen keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden oder aber nur weit unterhalb ihrer Qualifikation eingesetzt werden.“ (Landtagsdrucksache 14/6201); dies gilt ebenso für Lehramtsbewerber und ist als Skandal zu werten. Hier muss also endlich etwas getan werden: Es kann nicht sein, dass in unserem Land ein Lehrer noch nicht einmal problemlos seine Qualifikation aus NRW in Baden-Württemberg anerkannt bekommt – geschweige denn eine Qualifikation aus dem Ausland. Will Baden-Württemberg sich „Bildungsland“ und Land der Chancen nennen, darf das nicht so bleiben!

## Spitzenteam und Bundesversammlung

Gisela wurde vom Landesvorstand der Partei als Mitglied des Spitzenteams für den Landtagswahlkampf nominiert. Sie wird auch als Mitglied der Bundesversammlung an der Wahl des neuen Bundespräsidenten teilnehmen.

Pressemitteilung des Landesverbands zum Spitzenteam: [www.gruene-bw.de/presse/aktuelle-pressemitteilungen/pressemitteilungen-2010/32-10-spitzenperso-nal.html](http://www.gruene-bw.de/presse/aktuelle-pressemitteilungen/pressemitteilungen-2010/32-10-spitzenperso-nal.html)

Pressemitteilung der Landtagsfraktion zur Bundesversammlung: [www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/343/343197.winfried\\_kr\\_etschmann\\_boris\\_palmer\\_und\\_ce.html](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/343/343197.winfried_kr_etschmann_boris_palmer_und_ce.html)

## Landtags-Anhörung „Jedem Kind sein Bildungsziel“ ein voller Erfolg

Am 07.05.2010 fand die Anhörung der GRÜNEN Landtagsfraktion zum Thema „Jedem Kind sein Bildungsziel - Wie geht Schule, in der jedes Kind gewinnt?“ statt. Über 300 Interessierte sind der Einladung gefolgt, darunter viele Eltern, Mitglieder des Landeselternbeirates, Gesamtelternbeiratsmitglieder, Elternverbände unterschiedlichster Art, Lehrer und Lehrerinnen, Schulleitungen, Vertretungen von Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung, von Hochschulen und von Verbänden.

Die Grünen im Landtag haben sich unter Renates Führung mit dem Thema „individuelle Förderung“ schon sehr lange beschäftigt und immer kritisiert, dass das baden-württembergische Bildungswesen stark auf gleichschrittlichen Unterricht fixiert ist und es häufig keinen positiven Umgang mit der Vielfalt von Kindern gibt. Die in Deutschland nach wie vor weit verbreitete traditionelle Ansicht, man müsste Kinder in homogene Gruppen sortieren, damit sie besser und erfolgreicher lernen, produziert Stress und Versagensängste und leider auch immer wieder Verlierer. Der Mythos der sogenannten „begabungsgerechten“ Zuweisung im gegliederten Schulwesen gerät zudem in Erklärungsnot, wenn man sich den massiven Anstieg von Übertrit-

ten ins Gymnasium und das stetige Wenigerwerden der Hauptschüler in Baden-Württemberg anschaut. Mit dem Sortierzwang und der realitätsfernen Vorstellung, dass wir drei Begabungstypen hätten, werden wir der Vielfalt von Kindern in Baden-Württemberg nicht gerecht. In geradezu skandalöser Weise bestimmt die soziale Herkunft die Bildungswege der Kinder.

Wir GRÜNEN sind daher seit langem der Auffassung, dass wir einen Paradigmenwechsel brauchen: Jedes Kind muss in der Schule willkommen sein und die Heterogenität und Vielfalt von Kindern wertgeschätzt werden. Wir müssen die Stärken der Kinder in den Mittelpunkt stellen und wollen, dass nicht die Kinder schulgerecht sein müssen, sondern die Schule kindgerecht.

Das war für Renate der Anlass, den Schweizer Kinderarzt Remo Largo einzuladen,

der die wissenschaftlichen Erkenntnisse lieferte, welche Richtung hier eingeschlagen werden muss, um Schule und Lernen am (auch in altersgleichen Gruppen so verschiedenen) Entwicklungsstand der Kinder zu orientieren.

Frau Frei und Herr Fink von der Sekundarschule Alterswilen im Kanton Thurgau stellten die praktische Umsetzung dieser Erkenntnisse anhand ihrer Schule dar: Dort erfolgt eine sehr weitreichende Individualisierung des Unterrichts; Inhalte und Tempo kann der Schüler selbst maßgeblich mitgestalten. Somit lernen die Schüler mit mehr Freude, weil sie ein Mitspracherecht haben – und sie lernen, Verantwortung für sich selbst zu übernehmen. Dabei ist die Lehrkraft der Lernpartner, der nicht Anweisungen, sondern Hilfestellung gibt. Davon, wie positiv diese Art des Lernens sich auf die SchülerInnen auswirkt, konnte sich Renate bei der Bildungsreise des Landtagsfraktions-Arbeitskreises „Bildung“ am 23.04.2010 in Alterswilen auch schon „live“ überzeugen.

Am Ende der beiden anschaulichen und sehr spannenden Vorträge gab es für die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Anhörung noch Gelegenheit zur Diskussion mit den eingeladenen Experten. Deren Beiträge sowie die Diskussion können ab Juli 2010 als Dokumentation bei der Internetpräsenz der GRÜNEN Landtagsfraktion nachgelesen werden.

**Aus dem Wahlkreis:**

**Besuch von Naturschutzprojekten in Rheinstetten**



*Abbildung Schwein in Freilandhaltung sorgt für gute Wuchsbedingungen für den seltenen Kleefarn*

Zusammen mit Babette Schulz (Grüne Gemeinderätin Rheinstetten) hat Gisela am 17. Mai Naturschutzprojekte in Rheinstetten be-

sucht. Der Umweltschutzkoordinator von Rheinstetten, Martin Reuter, präsentierte u.a. ein Artenschutzprojekt für Fledermäuse im Bereich der ehemaligen NATO-Schießanlage in der Mörscher Heide. Nachdem dort neun verschiedene Fledermausarten festgestellt worden waren, hat man zur Verbesserung der Quartiersituation einen ehemaligen Munitionsgang zu einem Fledermauskeller umgebaut. Besichtigt wurden auch Ausgleichsflächen für das Edeka-Fleischwerk und das EnBW-Kohlekraftwerk sowie Beweidungsprojekte. Auch wenn zum Thema Flächenverbrauch in Rheinstetten viel Kritisches zu sagen ist, haben die Naturschutzprojekte ganz eindeutig Lob verdient.

**Firmenbesuch im Wahlkreis:**

**Umweltfreundlich produzieren – Grüne Informieren sich bei Engelhardt & Bauer**

Bei der Druckerei Engelhardt & Bauer informierten sich Gisela Splett und Uta van Hoffs am 21. Mai über nachhaltige Produktionsweisen. Das Unternehmen bietet seinen KundInnen Druck auf Recycling- und FSC- bzw. PEFC-zertifizierte Papiere sowie klimaneutrales Drucken und ist auch bei der Gebäudetechnik in Sachen Energieeffizienz neue Wege gegangen. Gesprochen wurde unter anderem über Fragen des öffent-



*Gisela und Uta bei Engelhardt und Bauer*  
lichen Beschaffungswesens. Die Grünen setzen sich dafür ein, dass die öffentliche Hand eine

Vorbildfunktion übernimmt und – auch im Bereich Druckerzeugnisse – umweltfreundliche Produkte und Produktionsweisen nachfragt.

Bericht von ka-news: [www.ka-news.de/region/karlsruhe/Grue-ne-besuchten-klimafreundliche-Karlsruher-Druckerei;ar-t6066.407050](http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/Grue-ne-besuchten-klimafreundliche-Karlsruher-Druckerei;ar-t6066.407050)

**Sonstige Initiativen:**

01.06.10 Antrag Berufsoberschulen bedarfsgerecht ausbauen und Anspruch auf einen Schulplatz garantieren

[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14\\_6444.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_6444.html)

25.05.10 Kleine Anfrage Naturschutzrechtliche Kompensation im Straßenbau sichern

[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14\\_6431.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_6431.html)

**Sonstige Pressemitteilungen:**

11.06.10 Aussagen der KASIG zu Kapazität des Tunnels verlieren weiter an Glaubwürdigkeit

[www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM-Baustellen11.06.10.pdf](http://www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM-Baustellen11.06.10.pdf)

08.06.10 Grünenabgeordnete Rastätter und Splett begrüßen erneute Bildungsproteste der SchülerInnen und Studierenden

[www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM\\_Bildungsstreik\\_2010.pdf](http://www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM_Bildungsstreik_2010.pdf)

08.06.10 Die Kleine Flussmuschel: Wasser ist Leben – Gisela Splett: „EU-Vorgaben helfen Gewässer- und Naturschutz“

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/themen/dok/343/343223.die\\_kleine\\_flussmuschel\\_wasser\\_ist\\_leben.html](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/themen/dok/343/343223.die_kleine_flussmuschel_wasser_ist_leben.html)

04.06.10 Gisela Splett: „Studienbegleitprogramm muss verlässlich gefördert werden“

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/342/342877.gisela\\_splett\\_studienbegleitprogramm\\_mus.html](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/342/342877.gisela_splett_studienbegleitprogramm_mus.html)

03.06.10 Gisela Splett: Auch an Bestandstrecken Maßnahmen umsetzen - Grüne begrüßen Generalwildwegeplan

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/342/342732.gisela\\_splett\\_auch\\_an\\_bestandstrecken\\_ma.html](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/342/342732.gisela_splett_auch_an_bestandstrecken_ma.html)

31.05.10 Renate Rastätter: Schick stellt nichts auf den Prüfstand

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/342/342308.renate\\_rastaetter\\_schick\\_stellt\\_nichts\\_a.html](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/342/342308.renate_rastaetter_schick_stellt_nichts_a.html)

30.05.10 Bundesverkehrsministerium will mit GRÜNEN nicht über Nordtangente und Rheinbrücke reden

[www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM-BMVBS30.05.10.pdf](http://www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM-BMVBS30.05.10.pdf)

**Hinweis:**

**Alle Drucksachen und Pressemitteilungen und auch erwähnte Abgeordnetenbriefe können im Büro von Gisela Splett oder Renate Rastätter angefordert werden.**

**Telefon: 0711/ 2063-966 oder -680**

**BesucherInnengruppen willkommen**

Gisela und Renate können jeweils 1 Gruppe (max. 50 Personen) pro Halbjahr nach Stuttgart einladen. Neben dem guten Besuchsprogramm des Landtags gibt es natürlich auch die Möglichkeit, mit den Abgeordneten ins Gespräch zu kommen.

Bei Interesse einfach in Giselas Büro (0711/2063966) oder in Renates Büro (0711/2063980) anrufen und nachfragen.

## AUS DEM BUNDESTAG

**MdB Sylvia Kotting-Uhl**

**Wahlkreisbüro Karlsruhe**, Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe  
Mitarbeiter: Robert Bohle, Tel.: 0721 - 151 86 - 87, Fax: 0721 - 151 86 - 90  
E-Mail: [sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de](mailto:sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de)

**Büro Berlin**, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030 - 227 747 42, Telefax: 030 - 227 767 42  
E-Mail: [sylvia.kotting-uhl@bundestag.de](mailto:sylvia.kotting-uhl@bundestag.de)

**WAK**

25.05.2010, Kleine Anfrage

**Karlsruher Atomanlagen – Altlasten, Stilllegung und Auftragsvergabe**

Seit einigen Jahren sind mehrere Reaktoren auf dem Gelände des Forschungs- zentrums Karlsruhe (FZK, heute Karlsruher Institut für Technologie KIT) und die Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe Rückbau- und Entsorgungs- GmbH (WAK) nicht mehr in Betrieb. Sie werden stillgelegt und rückgebaut. Die Kosten dafür gehen in die Milliarden. Im Zusammenhang mit diesen Altlasten und der Vergabe von Stilllegungs- und Rückbauaufträgen gibt es offene Fragen, die im Rahmen früherer Anfragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch nicht oder nicht abschließend behandelt werden konnten. [...] – Die gesamte Anfrage: [hier](#)

30.04.2010, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage

**Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe – Stilllegung und Auftragsvergabe**

Vorbemerkung der Fragesteller

Seit dem Jahr 1991 ist die Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK) nicht mehr in Betrieb und wird rückgebaut. Die Gesamtprojektkosten für die Still- legung und den Rückbau der WAK werden aktuell mit rund 2,7 Mrd. Euro be- ziffert. Im Zusammenhang mit der Vergabe von Stilllegungs- und Rückbauauf- trägen wird seit rund drei Jahren gegen zwei ehemalige Mitarbeiter des Forschungszentrums Karlsruhe wegen Korruptionsverdachts staats- anwalt- schaftlich ermittelt. Am 23. März 2010 meldete die „Badische Zeitung“, dass sich die Ermittlungen ausge- weitert hätten. Die folgenden Fragen nach Aufträgen zielen auf alle mit der WAK-Stilllegung zusammenhängenden Aufträge ab, also beispielsweise auch solche, die im Zusammenhang mit der Verglasungseinrich- tung Karlsruhe vergeben wurden. [...] – Die gesamte Antwort: [hier](#)

Atom: Laufzeiten-Verlängerung

19.05.2010, Rede

**Unterschiedliche verfassungsrechtliche Auffassungen über Verlängerung der Atomkraft- werkslaufzeiten**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Umweltminister, Herr Kauch, wenn ein Atomkraftwerk zwei Jahre stillsteht, ist das im Allgemeinen kein An- lass für die Atomaufsicht, sich ins Bett zu legen; ganz im Gegenteil: Es hat meistens seine Gründe, wenn ein Atomkraftwerk stillsteht. Die NRW-Wahl ist vorbei. Man merkt, wie sie schmerzt. Schwarz-Gelb ist abgewählt wor- den. [...] – Die gesamte Rede: [hier](#)

03.06.2010, Pressemitteilung

## **Atompläne der Regierung werden am Bundesrat scheitern**

*Anlässlich der bevorstehenden Beratung der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten über längere AKW-Laufzeiten erklärt Sylvia Kotting-Uhl, Sprecherin für Atompolitik:*

Es wird immer deutlicher: Die Bundesregierung kommt mit ihren Atomplänen nicht an den geänderten Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat vorbei. Bereits in den vergangenen Wochen ist die Mehrzahl der damit befassten Staatsrechtler zu der Auffassung gelangt, dass es ohne Zustimmung des Bundesrates keine Verlängerung der AKW-Laufzeiten geben kann. Jetzt kommt auch der ehemalige Verfassungsgerichtspräsident Papier, ausgerechnet in einem von der Regierung bestellten Gutachten, zum gleichen Ergebnis. Das gibt Merkels Plänen zur Laufzeitverlängerung den Rest.

Die Bundeskanzlerin sollte daraus die Konsequenzen ziehen, dem juristischen Sachverstand folgen und sich eine sichere Niederlage vor dem Verfassungsgericht ersparen.

09.06.2010, Pressemitteilung

## **Atompläne erinnern an Mafiagebaren**

*Anlässlich der heute bekannt gewordenen Vorentscheidung der Bundesregierung, die AKW-Laufzeiten gegen den Willen des zuständigen Ministers am Bundesrat vorbei zu verlängern, erklärt Sylvia Kotting-Uhl, Sprecherin für Atompolitik:*

Zuerst missachtet die Regierung den Willen der Bevölkerung, dann umgeht sie den Bundesrat, jetzt bootet sie noch den zuständigen Minister aus.

Der letzte Grund, diesen absurden Weg zu gehen, sind offensichtlich die gewünschten Einnahmen aus der Brennelementesteuer. Eine Brennelementesteuer kann die Regierung aber ohne Gegenleistung einführen. Wenn das Prinzip "bei Steuererhebungen erstmal ein Gegengeschenk" Schule macht, zieht Mafiagebaren in politische Entscheidungen ein.

Die bisherigen volkswirtschaftlichen Schulden der Atomwirtschaft sind Grund genug für eine Brennelementesteuer. Um die Schulden bei der Bevölkerung abzutragen, muss das Aufkommen aber deutlich über den von der Regierung geplanten 2,3 Milliarden Euro pro Jahr liegen.

11.06.2010, Rede zum SPD-Antrag

## **Verlängerung von Restlaufzeiten von Atomkraftwerken –**

### **Auswirkungen auf die Entwicklung des Wettbewerbs auf dem Strommarkt und auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin! Laufzeitverlängerungen sind schlecht für den Ausbau der erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung, für die Entwicklung fairer Wettbewerbsbedingungen, für die Dezentralisierung der Stromversorgung und für die Sicherheit vor Atomunfällen und Störfällen, deren Risiko mit dem Alter der Atomanlagen steigt.

Gut sind sie für die Taschen der Konzerne. Vielleicht sind sie auch gut für das Klima innerhalb der Koalition oder zumindest der Union. Schlecht sind sie für das Klima im eigentlichen Wortsinn, weil sie den Umbau zu einer nachhaltigen, effizienten Energieversorgung aufhalten. [...] – Die gesamte Rede: [hier](#)

15.06.2010, Südkurier

### Reaktor betreibt sich selbst

Stuttgart – Der Streit um eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ist längst nicht entschieden. Die Politik versucht den Energiekonzernen einen Teil der Gewinne abzuringen, die sie aus dem Betrieb längst abgeschriebener Meiler erwirtschaften.

Der gesamte Artikel: [hier](#)

19.05.2010, Antrag:

### Atomausstieg beschleunigen – Strommarkt zukunftsfähig entwickeln

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die deutsche Stromversorgung bedarf dringend eines Paradigmenwechsels. Der Ausbau erneuerbarer Energien schreitet wesentlich schneller voran als dies vor Jahren zu erwarten war. Aktuell werden 16 Prozent des Stromverbrauchs durch die Nutzung von Wind, Wasser, Biomasse, Sonnenstrahlung und Erdwärme abgedeckt. [...] Der gesamte Antrag: [hier](#)

Brennelementesteuer

11.06.2010, Pressemitteilung

### Atom: Verhalten der AKW-Betreiber schamlos

*Anlässlich der von den Atomkraftwerke-Betreibern in den Medien angedrohten Klage gegen die Einführung einer Brennelementesteuer erklärt Sylvia Kotting-Uhl, Sprecherin für Atompolitik:*

Dass sich nun ausgerechnet die Energiekonzerne auf den Atomkonsens von 2002 berufen, schlägt dem Fass den Boden aus. Seit sie ihn unterschrieben haben, hintertreiben sie ihn. Heute wollen sie ihn gleichzeitig aufkündigen und Vorteile daraus schlagen. Das ist schamlos.

Eine Brennelementesteuer ist notwendig und überfällig. Es muss sie unabhängig von Laufzeitverlängerungen geben, die volkswirtschaftlichen Schulden der Atomkraft sind Grund genug. Ihr Aufkommen muss deutlich über den von der Regierung geplanten 2,3 Milliarden Euro pro Jahr liegen.

Anstatt dem Staat mit Drohgebärden und Einschüchterungsversuchen zu kommen, sollten sich die Konzerne besser auf ein Minimum an Kaufmannsehre besinnen. 2002 hatten sie sich im Atomausstiegvertrag verpflichtet, ihren Teil dazu beizutragen, "dass der Inhalt dieser Vereinbarung dauerhaft umgesetzt wird".

Gorleben Untersuchungsausschuss

21.05.2010, Frankfurter Rundschau

### Gorleben-Ausschuss: "Nicht ergebnisoffen"

Der Gorleben-Untersuchungsausschuss des Bundestages wird voraussichtlich den Ingenieurgeologen Thomas Dietrich als Zeugen hören, der in der FR über Daten-Manipulationen bei den Bodenuntersuchungen in der Salzstock-Region berichtet hat. Die Grünen planen, einen Antrag auf Ladung des Experten zu stellen. Die Abgeordnete Sylvia Kotting-Uhl sagte der FR, Dietrichs Aussagen untermauerten den Verdacht, dass Gorleben "von vorneherein nicht ergebnisoffen untersucht wurde, sondern als Endlagerort feststand".

[...] – Der ganze Artikel: [hier](#)

28.05.2010, Pressemitteilung

## **Gorleben: Sanders verzweifelter Versuch der Irreführung**

*Anlässlich der heute vom niedersächsischen Umweltminister vorgestellten Arbeit zur Auswahl Gorlebens, erklärt Sylvia Kotting-Uhl, Sprecherin für Atompolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:*

Die heute von Umweltminister Sander vorgestellte Arbeit Anselm Tiggemanns belegt keinesfalls, dass Gorleben sachgerecht ausgewählt wurde. Erstens schreibt Tiggemann, Gorleben sei im zweiten Anlauf erst auf Bitte der niedersächsischen Landesregierung hin betrachtet worden. Zweitens wurde die Betrachtung nicht von einer unabhängigen Behörde durchgeführt, sondern der KEWA, einem Unternehmen der Atomwirtschaft. Drittens lag das Ergebnis der zweiten KEWA-Studie auf wundersame Weise bereits nach rund drei Wochen vor. Zum Vergleich: Für die erste Studie, in der Gorleben gar nicht auftauchte, benötigte man ganze 11 Monate.

Umweltminister Sander ist ein bekennender Gorleben- und Atomkraft-Fan. Die heute von ihm präsentierte Auftragsarbeit Anselm Tiggemanns ist ein durchschaubares Manöver. Bedauerlicherweise trägt es nichts zur Versachlichung der Debatte bei, sondern wird nur neuen Unmut in der Bevölkerung erzeugen. Es wäre schön, wenn Herr Sander die ihm und seinem Ministerium zur Verfügung stehenden Ressourcen endlich einmal für einen sachgerechten Beitrag in der Endlagerpolitik nutzen würde.

09.06.2010, Spiegel Online,

## **Atom-Endlager: Gutachter entlarvt Mängel im Gorleben-Beschluss**

Lief die Auswahl des Salzstocks Gorleben zur geplanten Atommülldeponie korrekt? In einem neuen Gutachten für den Bundestags-Untersuchungsausschuss kritisiert ein Geologe nach SPIEGEL-ONLINE-Informationen das Verfahren scharf. Demnach wurden Sicherheitskriterien nicht ausreichend beachtet.

Geht es nach den Vorstellungen der Bundesregierung, dann landet der deutsche Atommüll in einigen Jahren im Salzstock von Gorleben. Gerade laufen die Erkundungsarbeiten dazu wieder an. Doch zur Kür des niedersächsischen Salzstocks in den Siebzigern sind längst noch nicht alle Fragen beantwortet. Was prädestinierte gerade Gorleben zum Atomklo der Nation? Waren die wissenschaftlichen Grundlagen der Standortwahl wirklich solide? Und welche Rolle spielte Standortpolitik bei der Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung für das dünnbesiedelte Areal an der damaligen innerdeutschen Grenze? [...] – Der ganze Artikel: [hier](#)

17.06.2010, Pressemitteilung

## **Sachverständiger bestätigt Verdacht auf politische Einflussnahme bei Gorleben-Erkundung**

*Zur heutigen Befragung des Sachverständigen Henning Rösel im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Gorleben erklären Sylvia Kotting-Uhl, Obfrau im Untersuchungsausschuss, und Dorothea Steiner, Mitglied im Untersuchungsausschuss:*

Der Sachverständige Henning Rösel hat heute unseren Verdacht bestätigt, dass es politische Einflussnahme auf die Erkundung des Salzstocks Gorleben als atomares Endlager gegeben hat. Rösel hat ausgeführt, dass ohne Schwierigkeiten und ohne großen Aufwand eine Gesetzesänderung dahingehend möglich gewesen wäre, dass nach Atomrecht hätte erkundet werden müssen. Damit hätte eine frühzeitige Bürgerbeteiligung erfolgen können. Wörtlich sagte Rösel, man habe sich "bewusst und gewollt" gegen diese Rechtsänderung entschieden und stattdessen nach Bergrecht erkundet. Dieses sieht keine Bürgerbeteiligung vor.

Es zeichnet sich ab: Es war eine rein politische Entscheidung, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Erkundung von Gorleben auszuhebeln. Es gab keine rechtlichen Zwänge, die eine Bürgerbeteiligung verhindert hätten.

10.06.2010, Rede

## Kosten für das Atommülllager Asse

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Jahrzehntelang wurde die Asse von den für sie Verantwortlichen als leuchtendes Beispiel der Endlagerforschung dargestellt, das rein dem hehren Wissensgewinn diene. Angeblich stellte sie – allen kritischen Stimmen zum Trotz – keinerlei Risiko dar, und mit den Atomkraftwerken und ihrem Strahlenmüll hatte sie schon gar nichts zu tun. Dieses Märchen ging jäh zu Ende. Heute ist klar, dass die Asse akut einsturzgefährdet ist und die Abertausende Atommüllfässer in ihr eine massive Gefahr für Mensch und Umwelt darstellen.

Die Asse ist mit ziemlicher Sicherheit das größte Umweltproblem Europas. Ihre Sanierung stellt uns vor gewaltige Probleme und immense Kosten. Neben der Suche nach der bestmöglichen Lösung für das Problem Asse stellt sich daher auch die Frage, wer diese Kosten tragen soll. Bislang stehen dafür die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in der Pflicht – wie so oft, wenn es darum geht, Verantwortung für die strahlenden Hinterlassenschaften der Atomwirtschaft zu übernehmen. Dabei war es nicht die Bevölkerung, die von der billigen Müllkippe Asse profitierte, sondern die Atomwirtschaft.

Die Asse ist untrennbar mit der kommerziellen Nutzung der Atomkraft verknüpft. Dies zeigt schon ein Blick auf das radioaktive Inventar: Der Anteil der in der Asse eingelagerten Radioaktivität, der auf Anlagen kommerzieller Betreiber zurückgeht, beträgt nach heutigem Kenntnisstand mindestens 86 Prozent. Alleine drei Viertel der eingelagerten Radioaktivität gehen auf abgebrannte Brennelemente aus den Atomkraftwerken Obrigheim und Gundremmingen zurück. [...] – Die ganze Rede: [hier](#)

## Atom allgemein

26.05.2010, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Wissenbasis“

1. Verfügt die Bundesaufsicht über die technische Dokumentation des Anlagenzustandes der deutschen Atomkraftwerke?

Wenn ja, um welche Art von Dokumenten handelt es sich (bitte detaillierte Gliederung der vorhandenen Dokumentation)?

2. An welcher Stelle der Organisation der Bundesaufsicht ist diese Dokumentation auf welche Weise verfügbar (Papier oder elektronisch)?

3. Liegt die technische Dokumentation vollständig an einer Stelle vor oder an mehreren Stellen?

Falls sie an mehreren Stellen vorliegt, gibt es einen Abgleich der Dokumentation dieser Stellen?

Die Antwort: [hier](#)

27.05.2010, Kleine Anfrage

## Atomkraftwerke – Sicherheitsbewertungen und Sicherheitsfragen

Aktuell besitzen noch 17 Atomkraftwerke (AKW) in Deutschland eine Betriebs- genehmigung. Das älteste von ihnen, Biblis A, ging bereits vor über 35 Jahren ans Netz. Die Bundesregierung plant, die Laufzeiten der deutschen Atomkraft- werke zu verlängern. Hierzu sollen laut Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP in einer Vereinbarung mit den Betreibern nähere Regelungen unter anderem zum Sicherheitsniveau getroffen werden. Hierbei spielen aktuelle Sicherheitsfragen eine besondere Rolle. Vor diesem Hintergrund stellt sich außerdem die Frage, über welche konkreten Sicherheitsbewertungen die Atom- aufsicht, insbesondere das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), verfügt. [...] – Die gesamte Anfrage: [hier](#)

19.05.2010, Pressemitteilung

## Versuchs-Fusionsreaktor ITER – Finanzierungsloch für EU-Mitgliedsstaaten

*Anlässlich der aus dem Ruder laufenden Kosten für den Versuchs-Fusionsreaktor ITER und der Sitzung des Wettbewerbsfähigkeitsrates am 25. und 26. Mai in Brüssel erklärt Sylvia Kotting-Uhl, Sprecherin für Atompolitik:*

Das europäische Prestigeprojekt der internationalen Fusionsforschung soll im südfranzösischen Cadarache gebaut werden. 2006 mit 3,5 Milliarden Euro für die EU veranschlagt, fordert die EU-Kommission nun 7,3 Milliarden Euro für die europäischen Mitgliedstaaten. Bis zur Erneuerung des politischen Mandats, die am 16. und 17. Juni 2010 erfolgen soll, müssen Lösungen für die nicht aus bisherigen EU-Töpfen zu deckenden Mehrkosten von 1,4 Milliarden Euro für die Jahre 2012 und 2013 gefunden werden. Diese Mehrkosten sind aus bisherigen EU-Töpfen nicht zu decken.

Ministerin Schavan muss beim Wettbewerbsrat am 25. und 26. Mai die Notbremse ziehen und den Ausstieg aus dem ITER-Projekt einleiten. Angesichts der zusätzlichen Mehrbelastungen für unseren Haushalt können nicht noch einmal 1,4 Milliarden Euro in bodenlose Zukunftsfantasien gepumpt werden.

10.06.2010, Rede

## Kernfusionsforschung kritisch überprüfen – ITER-Vertrag kündigen

Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident!

Seit der ersten Lesung unseres Antrags hat sich auch in anderen Kreisen die Erkenntnis durchgesetzt, dass ITER ein Projekt ist, das immense Finanzmittel bei fragwürdigem oder doch zumindest sehr potenziellem zukünftigen Nutzen verschlingt. Das lässt hoffen, dass diese Fusionsforschung, wenn schon nicht hier durch den Bundestag, dann doch über andere Wege gestoppt wird. Die Mitgliedsländer der EU haben derzeit keine 1,4 Milliarden Euro Spielgeld übrig, um weiter in ITER zu investieren. [...] – Die gesamte Rede: [hier](#)

12.06.2010, Welt Online

## Schwarz-Gelb steht zur Kernfusion

*Berlin* - CDU/CSU und FDP halten am Kernfusionsprojekt ITER fest. Die Koalitionsmehrheit stimmte gegen einen Antrag der Grünen, die den sofortigen Ausstieg aus dem Projekt gefordert hatten. Im Rahmen von ITER soll in Südfrankreich der weltweit erste Fusionsreaktor entstehen, in dem durch die Verschmelzung von Wasserstoffatomen in Zukunft Energie gewonnen werden soll. [...] – Der ganze Artikel: [hier](#)

11.05.2010, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage

## **Auswirkungen auf Umwelt, Gesundheit und Funktechnik durch die Nutzung neuer Mobilfunkfrequenzen und die geplante Einführung des neuen Mobilfunkstandards Long Term Evolution (LTE)**

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Bundesnetzagentur versteigert seit dem 12. April 2010 Frequenzen in den Bereichen 800 MHz, 1,8 GHz, 2 GHz und 2,6 GHz. Als Bieter sind die Netz- betreiber Deutsche Telekom, Vodafone, O2 und E-Plus zugelassen. Der Zu- schlag soll mit der Auflage verbunden werden, noch bestehende Funklöcher zu schließen. Das bedeutet, dass vor allem in ländlichen Regionen die Nutzung der neuen Frequenzen mit einem weiteren Ausbau der Mobilfunknetze einhergehen wird. Damit könnte es zur Erhöhung der allgemeinen Strahlenexposition durch hochfrequente elektromagnetische Strahlung für die Bevölkerung kommen. [...] Die ganze Antwort: [hier](#)

21.05.2010, Artikel

## **Bundesregierung verweigert sich dem Strahlenschutz**

In einer kleinen Anfrage im Zusammenhang mit der Versteigerung neuer Mobilfunkfrequenzen wollten wir wissen, welche Strahlungsminimierungskonzepte oder wenigstens Konzepte für eine Begrenzung der Zunahme der nicht-ionisierenden Strahlung bei der Ausschreibung eine Rolle spielten. Die Antwort ist klar – KEINE.

Dabei geht die Bundesregierung, unabhängig von der zukünftig eingesetzten Technik, von einer Erhöhung der Strahlenbelastung aus. Selbst die einfachste Strahlungsminimierung, wie die gemeinsame Netznutzung unterliegt weiterhin der Einschränkung, "wettbewerblich unbedenklich". Damit ist sichergestellt, dass es wie bisher keine gemeinsame Netznutzung geben wird. [...] – Der ganze Artikel: [hier](#)

# GRÜNE KONTAKTE

## Bundes- und Landtagsabgeordnete:

(siehe Bundestags- bzw. Landtags-Seiten)

## REGIONALVERBAND MITTL. OBERRHEIN:

### Johannes Honné, stell. Fraktionsvorsitzender

Vorholzstr. 52, 76137 KA, Tel. 85 64 36

### Bürgermeister für Umwelt, Klima und Gesundheit:

**Klaus Stapf**, Amthausstr. 22, 76227 KA, Tel. 40 32 35  
Rathaus, 76124 KA, Tel. 133-1050, [dez5@karlsruhe.de](mailto:dez5@karlsruhe.de)

## BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION:

### Karin Wolff, Gabi Schiller

Hebelstr. 13 · 76133 KA, Tel. 2 91 55, Fax 2 9156  
Mo - Fr 9 -14 Uhr, [gruene@fraktion.karlsruhe.de](mailto:gruene@fraktion.karlsruhe.de)

## GEMEINDERATSMITGLIEDER:

**Bettina Lisbach**, *Fraktionssprecherin* (Umwelt, Finanzen, Haushalt, Stadtentwicklung, Energie, Verkehr)  
Ernststraße 95, 76131 Ka, Tel. 0172 6181 394

**Anne Segor**, *stellv. Fraktionssprecherin* (Stadtentw., Kultur, Frauen, Schule), Lebrechtstr. 28, 76199 Karlsruhe, Tel. 8210135

**Michael Borner** (Soziales, Wirtschafts- und Arbeitsförderung, Tierschutz)

Brauerstr. 45, 76137 KA, Tel. 0176 67 50 30 15

**Alexander Geiger** (Demokratie, Energie, Bauen, Gesundheit, Schwule)

Scherrstr. 4, 76137 KA, Tel. 9 33 84 54

**Uta van Hoff** (Wirtschaft/Arbeit, Jugend, Schule)

Geranienstr. 14, 76185 KA, Tel. 3814711

**Johannes Honné** (Verkehr, Umwelt, Bauen, Naturschutz, Demokratie)

Vorholzstr. 52, 76137 KA, Tel. 85 64 36

**Tanja Kluth** (Frauen, MigrantInnen, Tierschutz, Lesben)

Reichenbachstr. 12, 76227 KA, Tel. 0170 - 1 61 84 35

**Dr. Ute Leidig** (Verwaltung/Personal, Sport, Kultur)

Kastenwörtstr. 40, 76189 KA, Tel. 9 57 32 73

**Dr. Dorothea Polle-Holl** (Gesundheit, MigrantInnen, Jugend, Soziales, Schule)

Willi-Egler-Str. 14, 76189 KA, Tel. 57 41 48

**Manfred Schubnell** (Haushalt/Finanzen, Verwaltung/Personal, Sport)

Palmaienstr. 1, 76227 KA, Tel. 9 43 03 98

## ORTSCHAFTSRAT DURLACH:

### Winnie Kratzmeier-Fürst

Badenerstr. 43B, 76227 Karlsruhe, Tel. 40 68 38

**Ralf Köster**, Säckinger Str. 10, 76227 KA, Tel. 49 49 89

**Dietmar Maier** Im Blumenwinkel 56, 76227, Tel. 94 14 961

**Martin Pötzsche**, Alte Weing. Str. 5, 76227, Tel. 48 48 423

**Dr. Heike Puzicha-Martz**, Hildebrandstr. 31a, Tel. 49 43 98

**Gerhard Stolz**, Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 4323

## ORTSCHAFTSRAT GRÖTZINGEN:

**Karl Berger**, Durlacher Str. 62, 76229 KA · Tel. 48 17 20

**Birgit Hauswirth-Metzger**, Im Jäger 19, 76229, Tel. 55 4124

**Titus Tamm**, Karl-Leopold-Str. 4, 76229 KA, Tel. 48 32 10

**Dr. Gabriele Vorberg**, Schultheiß-Kiefer-Str. 15a, 76229 KA, Tel. 94 83 555

## ORTSCHAFTSRAT NEUREUT:

**Klaus Junker**, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

**Karin Heidke**, An den Vogelhardt 1, 76149, Tel. 78 20 748

Bei Unzustellbarkeit Anschriftenberichtigungskarte an:  
GRÜNE, Sophienstr. 58, 76133 KA

Deutsche Post   
INFOPOST

## GRÜNES BÜRO - REGIONALBÜRO Mittl. OBERRHEIN:

### Ursula Häffner

Sophienstr. 58, 76133 KA, Tel. 20 31 23 2, Fax 20 31 234

[info@gruene-karlsruhe.de](mailto:info@gruene-karlsruhe.de) · [www.gruene-karlsruhe.de](http://www.gruene-karlsruhe.de)

Sprechzeiten Mo + Fr 9–12 Uhr und Mi 15–18 Uhr

## Bankverbindung

GRÜNE Karlsruhe, Konto 80 33 44 13 00, BLZ 430 609 67

GLS Gemeinschaftsbank eG

## KREISVORSTAND:

Sitzung (fast) jeden Mittwoch um 18 Uhr im Grünen Büro:

**Istvan Pinter**, Rastatter Str. 16, 76199 KA, Tel. 88 79 34

**Sabine Just-Höpfinger**, Am Sixenrain 7, 76199 KA,

Tel. 886044, [sjh@gmx.net](mailto:sjh@gmx.net)

**Doris Maier-Göckel**, Lavendelweg 19, 76149 KA,

Tel. 73778, [dmaiergoeckel@gmx.de](mailto:dmaiergoeckel@gmx.de)

**Alexander Salomon** (Kassierer), Gondelsheimer Str. 1,

76139 KA, Tel. 0170/8786191, [alexsal@web.de](mailto:alexsal@web.de)

**Kathrin Tausch**, Links der Alb 12, 76199 KA,

[kathrin.tausch@gmx.de](mailto:kathrin.tausch@gmx.de)

## Arbeitskreise:

**AK Frauen:** Dorothea Polle-Holl, Tel. 57 41 48

**AK Klima:** Mitja Weinert, (01 51) 10 77 60 17,

[Mitja.Weinert@gmx.de](mailto:Mitja.Weinert@gmx.de)

**AK Lesben und Schwule:** Alexander Geiger,

[ao-hga@web.de](mailto:ao-hga@web.de)

**AK Verkehr:** Tim Wirth Tel. 82 65 70,

Johannes Honné Tel. 85 64 36

**AK Familie:** Johannes Honné Tel. 856436,

Dorothea Polle-Holl, Tel. 57 41 48

**Grüne Jugend:** [sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de](mailto:sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de)

**Nadja Idler**, 76137 KA,

eMail: [nadja\\_idler@gmx.de](mailto:nadja_idler@gmx.de), mobil:

**Sophie Schmid**, Karlsruher Straße 81, 76327 Pfinztal

eMail: [sophie.schmid@gjbw.de](mailto:sophie.schmid@gjbw.de), mobil: 01712700271

## ORTSVEREIN Durlach:

**Dr. Hildegund Brandenburg**, Badenerstr. 21, 76227 KA, Tel. 42 89 8

**Wolfgang Semmler**, Bienleinstorstr. 37, 76227 KA, Tel. 406252

**Cordula Sailer**, Wilhelm Mössingerstr. 14, 76229 KA, Tel. 43 268

**Gerhard Stolz** (Kasse) Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 4323

## ORTSVEREIN Rüppurr · Weiherfeld · Dammerstock:

**Matthias Voigt**, Seewiesenäckerw. 57, 76199, Tel. 9890361

**Uschi Blombach**, Seewiesenäckerw. 31, 76199, Tel. 8302281

## Eva-Elisabeth Herold

Am Rüppurrer Schloß 5, 76199 KA, Tel. 88 34 01

## Herausgeber

## Redaktion

## Druck

Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Karlsruhe-Stadt

Sigfrid Knapp ([GruenerRuBriKa@web.de](mailto:GruenerRuBriKa@web.de))

Rufdruck Druck- und Verlags GmbH, Karlsruhe

**Auflage:** 250 Exemplare gedruckt, ca. 200 per Mail

*Gedruckt auf Umweltpapier*